

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

No 59.

Erscheint jeden Samstag Abends 6 Uhr für den
andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf.,
zweimonatlich 1 M. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

Sonntag, den 12. März.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenom-
men und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile
oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

Die Woche.

Kaiser Wilhelm erfreut sich fortwährend des besten Wohlbefindens und verbringt den Tag in streng geregelter Thätigkeit, während der Reichskanzler Fürst Bismarck noch immer leidend ist. Es sollen wieder neuralgische Schmerzen sein, von denen er geplagt wird. Dieselben sind diesmal heftiger aufgetreten, als je zuvor. Seit Kurzem hat sich dazu noch eine starke Grippe gesellt. Ar eine Ueberfledung des Kanzlers nach Friedrichsruhe ist daher ernstlich nicht gedacht worden. Trotz seines Leidens arbeitet aber Fürst Bismarck sehr fleißig und gönnt sich wenig Ruhe. Er hat wiederholt beim Kaiser sich zum Vortrage anmelden lassen, war aber immer gezwungen, noch in letzter Stunde wieder abjagen zu müssen. Sobald es sein Gesundheitszustand irgend erlaubt, beabsichtigt er dem Kaiser einen längeren Vortrag über die auswärtige Lage zu halten. Man dürfte kaum fehlergreifen, in diesem Vortrage auch den Namen „Stobeleff“ figurieren zu sehen. Dieser rebelle General, der mittlerweile in Satschina empfangen und zur Rede gestellt sein soll, wird jetzt zwar von der altrussischen Partei des Scheines wegen verleugnet, aber in der gesinnungsverwandten Presse um so begeisterter gefeiert. Wir dürfen sein Auftreten nicht außer Acht lassen, wenn wir wissen wollen, wie man in den maßgebenden russischen Kreisen über das Verhältnis Rußlands zu den westlichen Nachbarn denkt. Von diesem Gesichtspunkte aus gewinnt auch die Rede ein besonderes Interesse, in welcher der General zu Warschau nicht nur die Polen angoßtet, sondern auch von Neuem gegen den Westen geeifert hat. Die Rede war nicht lang, aber desto inhaltsreicher. Er äußerte sich zu den in einem Restaurant befindlichen Offizieren also:

„Meine Herren! Auf Befehl meines Kaisers bin ich wieder in meinem geliebten Vaterlande, für das wir so gerne unser Leben geben. Die verlegene westeuropäische Presse nannte mich ein Schwärzer; Sie, meine Herren, kennen mich, Sie wissen, daß ich kein Mann von vielen Worten, sondern ein Mann der That bin; nur die schamlose Frevoltheit unserer Feinde löste mir die Zunge. Ich befinde mich nicht mehr in dem Alter, in welchem einem der Verstand mit der Junge davon geht; was ich sprach, war je einmal bedacht und überlegt. Jeder gute Russe mußte so sprechen — und Sie, meine Freunde, wissen, der beste Russe ist unser Kaiser. Wie er aber die große slavische Sache denkt, wissen Sie, weiß Europa, und wenn Sie mich dennoch auf Befehl unseres Kaisers hier leben, so erkläre Sie darin eine neue Demütigung von der Seite jenes Mannes, der durch Blut und Eisen ein Reich gegründet, das nur durch russisches Blut und Eisen zertrümmert werden kann.“

An Deutlichkeit läßt diese Rede nichts zu wünschen übrig. Freilich müssen wir dahin gestellt sein lassen, ob der Inhalt treu wiedergegeben ist; aber sie entspricht unverkennbar dem Sinne Stobeleffs. Auf alle Fälle ist sie so wichtig, daß wir dieselbe nicht ignorieren dürfen.

Was die innere deutsche Politik der vergangenen Woche betrifft, so erregt die Ablehnung der kirchenpolitischen Vorlage in der Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses das meiste Aufsehen. Das ganze Gesetz wurde in der Schlussabstimmung nach vollendeter zweiter Lesung gegen die Stimmen der Deutschkonservativen und des Centrumshospitanten Brühl abgelehnt. Der Reichskanzler hat sich neuerdings dahin ausgesprochen, daß er auf das Zustandekommen des Gesetzes einen großen Werth nicht lege, ihm vielmehr das Scheitern desselben ziemlich gleichgiltig sein werde. Das geringe Entgegenkommen der Kurie und der höchst mangelhafte Fortschritt der Verhandlungen Schöpfer's in Rom haben unzweifelhaft in den maßgebenden Kreisen Berlins große Mißstimmung hervorgerufen. Der Reichskanzler soll seinem Bauern Ausdruck gegeben haben, daß er in den Konzeptionen so weit gegangen, wie er es gethan. Das Scheitern des Kirchengesetzes dürfte sonach einen entscheidenden Wendepunkt in der Frage des Ausgleiches mit Rom bilden. — Aus den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses selbst ist hervorzuheben, daß der Staatsbahngebankte sich siegreich Bahn gebrochen. Der Ankauf von 2708 Kilometern Privatbahnen für rund eine Milliarde Mark fand am Donnerstage fast widerstandslos nach nur zweistündiger Verathung Annahme. Neu verstaatlicht werden: die Bergisch-Märkische, die Thüringer, die Berlin-Schwabauer, die Märkische-Bosener, die Kottbus-Großhainer und die Rhein-Nahabahn. Ihnen wird sich schon demnächst die Berlin-Anhaltische Bahn zugesellen. — Aus den Klagen, welche bei der Debatte über die Höhe der

Gerichtskosten laut wurden, geht unzweifelhaft hervor, daß die Prozeßsucht der Deutschen selbst durch das Radikal-mittel der hohen Kosten nicht in irgendwie nennenswerther Weise gedämpft worden ist. Gewiß, unsere Gerichtskosten sind beträchtlich höher geworden, als sie früher gewesen sind, aber man würde sich doch wohl mit ihnen bescheiden haben, wenn sie als Abschreckungsmittel gewirkt hätten. Diese Wirkung ist bisher nicht beobachtet worden. Der Fall, den der Abg. Ludwig anführte, kann als typisch betrachtet werden: Wegen eines Korbes Gras im Werthe von 15 Pfennig ein Prozeß, der 140 Mark an Kosten verschlingt und den Kläger um die Scholle bringt, die er sein eigen nennt. Unsere größten Dichter haben in der Novelle und im Schauspiel diese Streitsucht leider vergeblich gegeißelt und sie zu bannen gesucht. Nach wie vor bilden die der unglaublichen Lappalien wegen eingeleiteten Klagen einen großen Theil des an unseren Gerichten zu bewältigenden Prozeßmaterials. Noch immer zieht man in Deutschland einen fetten Prozeß einem mageren Vergleich vor. Es läßt sich nicht leugnen: Wer des Vergnügens wegen prozessirt, der hat eigentlich kein Recht, sich über die Kosten zu beklagen. Aber selbst nach Abzug dieser Klasse verbleiben noch genug begründete Beschwerden. Leider ist zunächst wenig Hoffnung auf eine Herabsetzung der Kosten vorhanden. — Der preussische Volkswirtschaftsrath hat sich für Einführung des Tabaksmonopols erklärt. Wenn auch dieser Beschluß keine Gesetzeskraft hat, so bezeichnet er immerhin eine Etappe auf dem Wege zum Monopol. Die bairische Regierung beabsichtigt, den betreffenden Gesetzentwurf den Handels- und Gewerbestämmern der acht Regierungsbezirke und dem Generalcomitee des landwirthschaftlichen Vereins in Baiern zur Begutachtung vorzulegen. — Aus Mannheim wird gemeldet, daß die dortige Handelskammer sofort eine neun-gliedrige Kommission niedergesetzt hat mit der Aufgabe, ihre ganze Aufmerksamkeit den Vorarbeiten zu schenken, welche zur Würdigung dieses wichtigen Gesetzgebungswerkes geboten sind und zugleich Alles vorzubereiten, um womöglich die in Aussicht gestellte Eventualität der Monopolisierung abzuwenden. Ebenso ist von der Handelskammer sämtlichen Nothabats-Handlungen und Tabakfabrikanten im Handelskammerbezirk (ca. 150) je ein Exemplar des Gesetzentwurfs mit dem Ersuchen zugesendet worden, ihre gutachtliche Äußerung möglichst umgehend an die Kammer gelangen zu lassen.

Der österreichische Kaiserbesuch am italienischen Hofe scheint nunmehr wirklich zur Ausführung zu kommen. Von allen Seiten trafen in den letzten Tagen offiziöse Nachrichten ein, welche eine bevorstehende Begegnung in Aussicht stellen. Die Zusammenkunft soll im Laufe des Monats April in Turin stattfinden, der Tag derselben jedoch noch nicht festgesetzt sein. — Das in Wien verbreitete Gerücht, Großfürst Wladimir von Rußland werde in einer Spezialmission des Czaren erwartet, wird vom Fremdenblatt darauf zurückgeführt, daß der Großfürst seine erkrankte Gemahlin — die Großfürstin Maria Paulowna — sobald dies der Zustand der hohen Frau gestatte, über Wien nach Neapel geleiten werde. Politische Zwecke würden mit dieser Reise nicht verknüpft. — Der Oberkommandirende Baron Ivanovic in Dalmatien hat alle größeren Operationen gegen die aufständischen Südslaven einstweilen einstellen müssen, da die in jenen unwirthlichen Gegenden eingetretene Regenperiode umfassendere militärische Aktionen unmöglich macht. Doch fallen Schirmzüge fast täglich vor, welche indessen ohne größere Bedeutung sind. Auch haben die Truppen alle Hände voll zu thun, um die in den letzten blutigen Kämpfen im oberen Rarenthale eroberten Positionen zu besetzen und hierdurch gegen einen unerwarteten Vorstoß der Insurgenten zu sichern. Aus Grasoja meldet man unterm 8. März: Seit gestern Abends herrschen hier furchtbare Stürme. Der Sirocco kämpft mit der Bora und mit einem wüthenden Maestral. Die Wellen des Meeres, klasternoch empor gewirbelt, stürzen über die Felsstuppen am Meeresufer herab. Die sich bekämpfenden Winde brausen mit solcher Vehemenz, daß es unmöglich ist, sich aufrecht zu erhalten. Nur kriechend kann man sich vorwärts bewegen.

Die Franzosen sind jetzt so viel mit hervorragenden inneren Fragen beschäftigt, daß bei ihnen die auswärtige Politik erst in zweiter Linie kommt. Maßgebend für die Kirchenpolitik des Cabinets de Freycinet dürfte die Verhandlung in der Sitzung der Deputirtenkammer vom

7. März sein, in welcher der Antrag des Deputirten Boyssot auf Aufhebung des Konkordats zwischen Frankreich und dem Papste zur Verathung kam. Von ultramontaner Seite wurde der Antrag natürlich auf das Schärfste angegriffen, trotzdem beschloß die Kammer mit 343 gegen 139 Stimmen, denselben in Betracht zu ziehen, womit sich die Regierung einverstanden erklärte. Die Aufhebung des Konkordats unterliegt demnach keinem Zweifel mehr. Die République Française greift Herrn Boyssot und Genossen auf das lebhafteste an, bezichtigt dieselben der Unwissenheit und bezeichnet ihre Idee, als könne die Kammer durch ein Votum internationale Verträge abändern, als monströs. Doch auch für Freycinet und seine Theorie, daß nur durch Verhandlungen mit dem Papste Modifikationen des Konkordats eingeführt werden könnten, ist die République Française wenig wohlwollend, hingegen behandelt das gambettistische Blatt den Bischof Freppel mit ausgefuchter Kourtoisie. Die Gambettisten vertheidigen Pater Veys Projekt, durch polizeiliche Strafbestimmungen gewissen Lizenzen und Uebelständen des Konkordats abzuhelfen, als den allein richtigen Weg zur Regulierung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat.

Die Königin von England ist durch das auf sie gerichtete Attentat Mac Lean's in ihren Reiseplänen gestört worden. Schon in der vergangenen Woche wollte sie nach Mentone reisen. Wahrscheinlich erfolgt nun erst nächsten Dienstag oder Mittwoch die Abreise, da die Prinzessin Beatrice, welche sie begleiten wird, sich noch nicht von der Erschütterung durch das Attentat erholt hat. — Die widerwärtigen Brablaugh-Szenen im Parlamente haben der konservativen Partei im Oberhause Gelegenheit gegeben, einen Gesetzentwurf zur Verhütung des Eides-Mißbrauches einzubringen. Der der Tory-Partei angehörende Sir Harry Redesdale begründete diesen Entwurf, welcher im Allgemeinen dahin lautet, daß jedes Mitglied der beiden Häuser bei seinem Eintritt feierlich seinen Glauben an den allmächtigen Gott zu erklären hat. Das Oberhaus hat diesen Entwurf bereits in erster Lesung angenommen.

Die Erhebung Serbiens zum Königreiche war ein Ereigniß, welches zwar schon längst in der Luft lag, aber trotzdem ziemlich überraschend kam. Die europäischen Großmächte verhalten sich dem neuen Königreiche gegenüber durchaus wohlwollend und hoffentlich rechtfertigt dasselbe durch seine Haltung dieses Wohlwollen. Auf die Ansprache des Präsidenten der Skupschina erwiederte König Milan, er fühle sich glücklich, dem Volke mittheilen zu können, daß schon 24 Stunden nach der Rangerhöhung Serbiens zwei Großmächte, welche für Serbien allezeit Wohlwollen an den Tag legen, ihre Anerkennung des neuen Königreiches kundgaben. „Ich glaube nur meine Schuld und die Schuld des Volkes abzutragen, wenn ich meinem Danke gegen die erhabenen Persönlichkeiten des Kaisers Franz Joseph und des Kaisers Wilhelm Ausdruck gebe.“

In Rußland kämpfen gegenwärtig zwei politische Strömungen um die Oberhand: eine friedliche und eine kriegerische. Während Stobeleff mit der letzteren identifizirt werden muß, repräsentirt der Staatsrechtslehrer Professor Martens an der Petersburger Universität die friedliche Strömung. Er hat auf eine Anfrage über das Auftreten Stobeleffs seine Meinung dahin geäußert, daß der General weder eine Partei repräsentire, noch gar bei der Regierung persönlichen Einfluß besitze. Aber welches auch immer seine Partei sein möge, so sei er überzeugt, daß in Rußland und hauptsächlich in Regierungskreisen die Friedenspartei die mächtigste ist.

„Es ist wahr,“ heißt es am Schluss, „daß zwei Kriegsschiffe im Kaspiischen Meere „Stobeleff“ und „Geol Zepe“ getauft worden sind, was in Anbetracht der Feldzüge des Generals in Mittelafrika ganz natürlich ist; allein es würde Unrecht sein, daraus zu folgern, daß die Regierung die schändlichen Reden Stobeleffs billigt. Gestatten Sie mir in der ernstesten und bestimmtesten Weise zu versichern, daß Stobeleffs jüngste Rede die höchst freundlichen Beziehungen, welche zwischen den Regierungen von Rußland, Deutschland und Oesterreich-Ungarn bestehen, nicht verändern wird. Das amtliche Komunique vom 21. Februar ist der beste Beweis von dem Entschlusse der Regierung.“

Daß man in den deutschen maßgebenden Kreisen den General denn doch ernster nimmt, als es diese Darstellung zuläßt, kann man aus verschiednen in der gouvemen-talen Presse hervortretenden Anzeichen erkennen.